



hasselfeldts berliner notizen

informationen zur aktuellen bundespolitik.

Lage der Kommunen in Deutschland

07.06.2013

Kommunen profitieren von der Politik der christlich-liberalen Koalition

Aus Anlass einer Großen Anfrage der christlich-liberalen Koalition hat im Deutschen Bundestag eine Debatte zur Lage der Kommunen stattgefunden. Dabei wurde deutlich, was der Bund in den vergangenen Jahren für die Städte, Landkreise und Gemeinden erreicht hat und weiterhin tut. Die Kommunen wurden spürbar entlastet und erzielten erstmals wieder einen Überschuss. Sie profitieren von zahlreichen Förderprogrammen des Bundes und von einer besseren Beteiligung an Rechtsetzungsvorhaben auf Bundes- und EU-Ebene. Darüber hinaus profitieren sie von unserer auf Wirtschaftswachstum und Beschäftigung ausgerichteten Politik.

Größte Kommunalentlastung in der Geschichte der Bundesrepublik

Mit der Übernahme der Kosten für die Grundversicherung im Alter und bei Erwerbsminderung durch den Bund werden die Kommunen um ca. 4,5 Mrd. Euro jährlich entlastet und deren Handlungsfähigkeit gestärkt. Hierbei handelt es sich um die größte Kommunalentlastung in der Geschichte der Bundesrepublik.

Erstmals wieder Überschüsse der Kommunen

Nach Jahren des Defizits erzielten die Kommunen 2012 mit ca. 1,8 Mrd. Euro erstmals wieder einen Überschuss. Sie erreichten den positiven Saldo als erste staatliche Ebene – vor Bund und Ländern. Auch in diesem Jahr übersteigen die Einnahmen der Kommunen insgesamt wieder deren Ausgaben. Allein im Zeitraum 2012-2016 werden die Kommunen voraussichtlich um ca. 20 Mrd. Euro entlastet. Dies ermöglicht ihnen mehr Raum für die Haushaltskonsolidierung und neue Investitionen.

Positive Auswirkungen der christlich-liberalen Politik auf kommunale Handlungsfelder und Aufgaben

Ausbau der U3-Betreuung: Obwohl der Ausbau der Betreuung für Kinder unter 3 Jahren in die originär verfassungsrechtlich geregelte Zuständigkeit der Bundesländer fällt, beteiligt sich der Bund in nennenswertem Umfang an dem Programm. Durch die Aufstockung für Investitionen und zusätzlich entstehende Betriebskosten fließen in den Ausbau der

Betreuungsplätze insgesamt Zuschüsse von über 5,4 Mrd. Euro.

Demographische Entwicklung: Die Bewältigung des demographischen Wandels ist eine zentrale Herausforderung für Bund, Ländern und Kommunen. Bei Förderprogrammen des Bundes und der KfW werden Belange der demographischen Entwicklung in hohem Maße berücksichtigt werden.

Strukturpolitik/Stadt- und Regionalentwicklung/Verkehr: Die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse zu sichern ist uns ein wichtiges Anliegen. Dies wird eine wichtige Richtschnur für die Städtebauförderung und Programme der KfW-Bankengruppe sein. Die ländlichen Räume gilt es weiter zu stärken. Ziel ist es, differenzierte Lösungen in den unterschiedlich geprägten Regionen zu ermöglichen. Eine große Bedeutung wird dabei dem Breitbandausbau zukommen.

Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements: Neben der Einführung des Bundesfreiwilligendienstes (2011) unterstützte der Bund das ehrenamtliche Engagement mit zahlreichen Gesetzen und Verordnungen mit dem Ziel, bürokratische Hemmnisse abzubauen. Mit dem Feuerwehr-Führerschein stärken wir die Einsatzfähigkeit der ehrenamtlich Tätigen bei den Feuerwehren und Rettungsdiensten, dem THW und dem Katastrophenschutz. Davon profitieren insbesondere auch kleinere Feuerwehren im ländlichen Raum. Was die Anrechnung von Aufwandsentschädigungen auf Altersrenten betrifft, so werden ehrenamtlich tätigen Rentnern im Rahmen des geplanten Kombirentenmodells deutlich verbesserte Hinzuverdienstmöglichkeiten eröffnet.

Fazit

Starke Kommunen liegen der christlich-liberalen Koalition sehr am Herzen. Sie sind von entscheidender Bedeutung für die Lebensqualität und die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Unter der christlich-liberalen Koalition stehen die Kommunen besser da als während der rot-grünen Regierungszeit, während der das Kommunaldefizit auf ein Rekordniveau geklettert war.